

Notizen

Der Einladung verschiedener basis-kirchlicher Initiativen und Solidaritätskreise zu einem „Aufbruch-Fest für eine offene Kirche“ Anfang Mai in Salzburg sind mehr als 1000 Besucher gefolgt, darunter auch Delegierte des Europäischen Netzwerkes „Kirche im Aufbruch“ aus den Niederlanden, Frankreich, Luxemburg, Deutschland, der Schweiz und der CSFR. Letztere, Vertreter der ehemaligen Untergrundkirche, kamen dabei in einem eigenen Arbeitskreis zu Wort. Der verheiratete Geheimbischof *Fridolin Zabradnik*, der sich in Rychnov der Seelsorge und Sozialarbeit für Obdachlose, Arbeitslose, Behinderte und Zigeuner widmet, erklärte dabei, er werde so lange nicht auf sein Amt verzichten, bis Rom begründet habe, warum sein Amt nicht rechtmäßig sei.

Bei einer Begegnung mit dem Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, *Gottfried Brakemeier*, äußerte *Johannes Paul II.* die Erwartung, der *lutherisch-katholische Dialog* werde einen „dauerhaften Beitrag“ für den Weg zur Einheit im apostolischen Glauben leisten. Im ökumenischen Dialog müsse es um ein immer tieferes Verständnis des Heilsgeheimnisses gehen, das sich in Fleischwerdung, Tod und Auferstehung Jesu Christi vollzogen habe. Der Papst sagte, es bestehe Übereinstimmung darüber, daß die Einheit der Christen nie durch Verschleierung von Unterschieden oder durch die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner erreicht werden dürfe. Brakemeier (er ist Präsident der lutherischen Kirche in Brasilien) sprach sich bei der Begegnung mit dem Papst für „konkrete und erkennbare Erfahrungen“ zur Verdeutlichung des inzwischen erreichten Grades an Gemeinsamkeit zwischen Katholiken und Lutheranern aus. Dabei könne es nicht darum gehen, einen der beiden Partner zu kompromittieren. Der LWB-Präsident stellte die Frage, ob die „Einheit, die wir zusammen erkennen, nicht so viel größer ist als alles, was uns noch trennt, so daß wir zusammen zum Tisch des Herrn gehen können?“

Der Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, bedauerte die Einstellung des Verfahrens wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ gegen den französischen Kriegsverbrecher *Paul Touvier* durch ein Pariser Gericht. Ein ernsthafter Prozeß hätte der Gerechtigkeit und der Versöhnung gute Dienste leisten können, meinte Decourtray in einem Interview (*Le Monde*, 18. 4. 92). Das Gericht sah bei den Touvier zur Last gelegten Verbrechen die Bedingungen für ein „crime contre l'humanité“ – und nur dies verhindert es, daß die Verbrechen verjähren – nicht für gegeben an. In der französischen Öffentlichkeit zeigte man sich

schockiert davon, wie das Gericht das Vichy-Regime mit dieser Entscheidung zur „Banalität“ werden lasse. Kardinal Decourtray sprach sich dafür aus, die Hintergründe der Zusammenarbeit zwischen den Nationalsozialisten und dem mit Nazideutschland kollaborierenden Vichy-Regime aufzuklären. Touvier hatte sich über Jahrzehnte hinweg gerade auch mit Hilfe von Kirchenvertretern den Strafverfolgungsbehörden seines Landes entzogen. Kardinal Decourtray hatte in dieser Sache einen vielbeachteten und – was die kirchliche Verwicklung angeht – selbstkritischen Historikerbericht vorgelegt (vgl. HK, Februar 1992, 98, März 1992, 108).

Ein deutsches „Anti-Diskriminierungsgesetz“, das Behinderte vor gesellschaftlicher Ausgrenzung schützt, hat die *Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte* gefordert. Diskriminierungen seien ein fester Bestandteil im Alltag Behinderter, gegen die sich die Betroffenen nur mit einklagbaren Rechtsansprüchen aufgrund eines Gleichstellungsgesetzes wehren könnten. Dabei wurde darauf verwiesen, daß in den Vereinigten Staaten bereits seit 1990 ein solches allgemeines Anti-Diskriminierungsgesetz in Kraft sei; auch in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Kanada seien in jüngster Zeit Fortschritte im Bemühen um Gleichstellungsgesetze erreicht worden.

Die kirchliche Arbeit in *Laos* setzte quasi am Nullpunkt an, erklärte Bischof *Jean Khamsé Vithavong*, Apostolischer Vikar von Vientiane und Apostolischer Administrator von Luang Prabang, in einem Interview des Informationsdienstes der französischen Auslandsmission (EDA). Die geschätzte 30 000 Katholiken – eine genaue Zählung wurde als staatsgefährdend untersagt – umfassende Kirche habe nach der „Befreiung“ (1975) alle Kirchen und Schulen verloren, stehe praktisch vor dem Nichts und sei total von Spenden aus dem Ausland abhängig. Der krasse Priestermangel und Reisebeschränkungen innerhalb des Landes erschwerten zusätzlich die Seelsorge, das kirchliche Leben liege in den Händen der Laien. Die Haltung des Staates gegenüber der Kirche sei innerhalb der einzelnen Provinzen unterschiedlich restriktiv, grundsätzlich werde in der katholischen Kirche jedoch eine Bedrohung gesehen: Während sie früher als die Kirche der französischen Kolonialisten galt, wird nun der Papst für den weltweiten Zusammenbruch des Kommunismus verantwortlich gemacht.

Kindermorde würden immer mehr zur Normalität in *Brasilien*, und ein Großteil der Gesellschaft habe sich an Verbrechen an Kindern gewöhnt, kommen-

tierte der Koordinator für die katholische Kinderseelsorge in São Paulo, *Julio Lance-lotti*, den im vergangenen Monat veröffentlichten Bericht einer Kommission des brasilianischen Repräsentantenhauses über Tötungen und Mißhandlungen von Straßenkindern. Dieser enthält die Schreckensbilanz von 16 414 in den letzten fünf Jahren getöteten Straßenkindern, die meisten davon Schwarze oder Mulatten. Die meisten Morde seien in Rio de Janeiro und São Paulo verübt worden, wo allein 3,5 Millionen dieser Kinder leben.

Ein Umbruch in China zugunsten von mehr Demokratie und Religionsfreiheit hält der General des Jesuitenordens, *Peter Hans Kolvenbach*, für in kurzer Zeit durchaus möglich. Kolvenbach war Festredner bei einer in St. Augustin stattfindenden internationalen Tagung aus Anlaß des 400. Geburtstags des aus Köln stammenden Astronomen und China-Missionars *Johann Adam Schall von Bell SJ* (1592–1666). Am Rande der Tagung meinte Kolvenbach, eine Änderung der Verhältnisse in China hänge allein vom chinesischen Volk ab. Er rechne „jederzeit mit raschen Veränderungen“, diese könnten kurzfristig jedoch auch wieder zu neuen Restriktionen führen. Kolvenbach bedauerte, daß derzeit die „Türen wieder verschlossen werden“. Die bevorstehende Wiederangliederung von Hongkong an China werde für die Kirche vermutlich vorteilhaft sein.

Ein Fastenhirtenbrief der katholischen Bischöfe des südostafrikanischen Landes *Malawi* führte zu einer schweren Belastung der Beziehungen von Staat und Kirche. In dem Hirtenbrief kritisierten die Bischöfe offen die Politik der Regierung von Präsident *Hastings Kamuzu Banda* und prangerten zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte an. Die Bischöfe wurden daraufhin acht Stunden lang von der Polizei verhört, der Hirtenbrief als „staatsgefährdend“ bezeichnet und seine Weiterverbreitung unterbunden. Einer der Unterzeichner, der Apostolische Administrator von Manzu, ein gebürtiger Ire, wurde u. a. des Landes verwiesen. Nach einem Treffen eines päpstlichen Gesandten, des vatikanischen Pronuntius in Malawi, sowie eines Bischofs mit Staatspräsident Banda ließ die Bischofskonferenz verlauten, die Schwierigkeiten seien überwunden. Zeitweise hatte es in Pressemeldungen geheißt, die Bischöfe des Landes befänden sich in Lebensgefahr.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind ein Prospekt des Verlages Herder, eine Verlegerbeilage und einem Teil der Auflage ein Prospekt des Peter Kindt-Verlages, München, beigelegt.